Kreisstadt Bergheim Der Bürgermeister		Vorlage Nr.: 78/2024 öffentlich			
	Mitzeichnungen				
Dezernat: III FBL: Herr Gal	II	FBL 2			
AbtL: Herr Lars Vongehr Verfasser/in: Herr Baum					

Vorgesehene Beratungsfolge	
Gremium	Datum
Rat	26.02.2024

TOP	Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Bergheim, Kölner Straße 155 Genehmigung einer erheblichen überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 83 GO NRW

Beschlussvorschlag

Den erheblichen überplanmäßigen Ausgaben gemäß § 83 GO NRW bei dem Konto I190202-01
„Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Bergheim, Kölner Straße 155"
in Höhe von 400.000,- € aus laufenden Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2024 wird zugestimmt.

Erläuterungen:

1. Zielsetzung

Fertigstellung der Maßnahme „Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Bergheim, Kölner Straße 155"

2. Sachverhalt

Resultierend aus dem Rettungsdienstbedarfsplan und Brandschutzbedarfsplan hat es sowohl bei der Rettungswache als auch bei der Feuerwehr einen Personalzuwachs gegeben, deren Unterbringung im Bestand der Feuer- und Rettungswache gemäß den gültigen Unfallverhütungsvorschriften bzw. der entsprechenden DIN nicht mehr adäquat möglich ist. Es fehlen Aufenthalts-, Ruhe- und Sozialräume. Zusätzlich besteht ein zusätzlicher Bedarf an Fahrzeugstellplätzen sowie feuerwehrspezifischen Werkstätten.

Ziel der Maßnahme ist die Schaffung der zusätzlichen Raumkapazitäten für Personal und Fahrzeuge auf der dafür bereits ursprünglich vorgesehenen Erweiterungsfläche.

Das zweigeschossige verklinkerte Bestandsgebäude der Feuer- und Rettungswache wurde in den Jahren 2006-2007 errichtet. Der Erweiterungsbau soll ebenfalls als 2-geschossiges Gebäude mit begrüntem Flachdach die klare architektonische Form des vorhandenen Gebäudes aufgreifen und weiterentwickeln. Der Erweiterungsbau wurde in Verlängerung des vorhandenen Gebäudes parallel zu den Bahngleisen errichtet. Der Vorplatz vor den Feuerwehrtoren wurde zur Ein- und Ausfahrt der Einsatzfahrzeuge verlängert, sodass die vorhandene Alarmausfahrt weiterhin genutzt werden kann.

Das Gebäude wird wie bisher über den Haupteingang an der süd-östlichen / Giebelseite erschlossen. Im EG der Erweiterung befindet sich zur Straße hin die Halle / Garage für die Feuerwehrfahrzeuge. Auf der hinteren, den Bahngleisen zugewandten Seite, befinden sich Umkleideräume und Werkstätten. Im OG befinden sich über der Fahrzeuggarage hin Aufenthaltsräume sowie die Küche mit Essbereich. Im hinteren Bereich sind die Ruheräume angeordnet. Die Sanitärräume sowie die Technikräume befinden sich mittig im Gebäude. Das Obergeschoss erhält eine Anbindung über eine verglaste Brücke.

Die Außenwände wurden aus Gründen der Nachhaltigkeit und mit dem gleichen Vormauerziegel wie im Bestand verklinkert. Die innere und äußere Gestaltung wird mit hochwertigen, natürlichen Baustoffen erzielt. Das Dach erhält eine Dachbegrünung und wird mit einer Photovoltaikanlage ergänzt.

Die Baugenehmigung für das Projekt wurde am 11. November 2022 erteilt. Mit den Erdarbeiten wurde gem. Bauzeitenplan im März 2023 begonnen. Die Rohbauarbeiten wurden direkt im Anschluss begonnen. Die Bauzeit wird voraussichtlich 19 Monate betragen. Die Fertigstellung ist somit für das 4. Quartal 2024 geplant.

Die Gesamtbaukosten für den Neubau betragen gem. der aktuellen Kostenprognose rd. 7.000.000 Euro.

Die Mittelbereitstellung auf dem Investitionskonto I190202-01stellt sich wie folgt dar:

Haushaltsjahr 2021: 3.350.000 € (davon Haushaltsrest 2.000.000 €)
Haushaltsjahr 2022: 950.000 €
Haushaltsjahr 2023: 2.300.000 € (davon 500.000 € üpl per Ratsbeschluss vom 20.11.2023)
Haushaltsjahr 2024: 0 €

Die Baupreise sind in den vergangenen Monaten weiter stark gestiegen. Gründe hierfür waren die Energiekosten, die durch die höhere Nachfrage auf den Weltmärkten und die Einführung der CO_2-Abgabe stark gestiegen sind. Hinzu kam die Covid-19-Pandemie, der Ukrainekrieg und die hohe Nachfrage von Großabnehmern wie China und den U.S.A. Durch die weiter andauernde Verknappung von Rohstoffen wird es wohl auch weiterhin zu Lieferengpässen kommen, was die Preise für Baumaterialien auf einem hohen Niveau halten wird.

Für das Jahr 2023 wurden aus diesem Grunde zusätzlich rd. 500.000 Euro benötigt und im Rat bewilligt. Diese Mehrkosten teilen sich wie folgt auf:

- rd. 40.000 Euro für die Erschließung
- rd. 60.000 Euro für Bauwerk-Baukonstruktion (ebenfalls metallintensive Gewerke wie Metall- und Schlosserarbeiten aber auch die Trockenbauarbeiten)
- rd. 400.000 Euro für die technische Gebäudeausrüstung
  für metallintensive Gewerke wie Elektroanlagen, Wasser-, und Gasanlagen sowie Wärmeversorgungs- und Lüftungstechnische Anlagen

Im Einzelnen sind folgende Bauleistungen zusätzlich erforderlich geworden:

Die Feuer- und Rettungswache ist zurzeit an eine Niederspannungszuleitung angeschlossen, die von einem weit entfernten Trafo des Energieversorgers (ca. 250 m) versorgt wird. Diese Zuleitung ist gerade ausreichend für den jetzigen Verbrauch der Feuerwehr (Bestand) und kann nach Rücksprache mit dem Energieversorger niederspannungsseitig nicht weiter zur Versorgung des Neubaus ausgebaut werden.
Der jetzt neu vorgesehene Trafo wurde so ausgelegt, dass die bestehende Wache zukünftig ebenfalls an diesen angeschlossen werden kann. Weiterhin wurde der Trafo mit entsprechender Leistungsreserve für eine mögliche Erweiterung (wie. Z. B. E-Mobilität für zukünftige Feuerwehrfahrzeuge) vorgesehen.
Ab einer bestimmten Leistungsgrenze verlangt der Energieversorger eine digitale (fernsteuerbare) Trafostation.
Da eine nachträgliche Umrüstung wirtschaftlich nicht durchführbar ist, wurde festgelegt,
diese Technik bereits jetzt zu installieren, damit bei einer Erhöhung der elektrisch benötigten Leistung nicht direkt wieder ein neuer Trafo installiert werden muss.
Durch Forderungen resultierend aus der Baugenehmigung aus dem Bereich Brandschutz haben sich die Kosten für die Brandmeldeanlage auf rd. 55.000 Euro erhöht.

Für das Jahr 2024 werden zusätzlich Mittel, die im Zusammenhang mit der gewerblichen Küche stehen, benötigt:

- Eine vom übrigen Abwassersystem getrennte Ableitung von Schmutzwasser sowie ein Fettabscheider im Außenbereich wurden erforderlich
- Für die Küche wurde eine eigene Lüftungsanlage erforderlich
- Allgemein Mehrkosten für die Küchentechnik

Hinzu kommen Mehrkosten aus dem Bereich der Atemschutzwerkstatt (nutzerspezifische Anlagen – Feuerwehrtechnik). Auch hier sind die gestiegenen Materialkosten sowie Mobiliaranpassungen ursächlich. Durch die zukünftige eigenständige Prüfung und Wartung aller Atemschutzgeräte kann die diesbezügliche öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Feuerwehr Kerpen gekündigt werden, womit die im Haushalt vorgesehe-

nen Mittel (in 2023 gezahlt: 148.000 €, Haushaltsanmeldung ab 2024 lfd. 139.000 €) ab 2025 nicht mehr benötigt werden.

Für das Jahr 2024 werden aus diesen Gründen zusätzlich rd. 400.000 Euro benötigt. Ohne die beantragten Mittel ist die Fertigstellung der Maßnahme nicht möglich. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung ist daher sachlich und zeitlich unabweisbar.

3. Alternativen/Einsparpotenziale (Prüfung einer kostengünstigeren Aufgabenerledigung einschl. der Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit)

Entfällt

4. Darstellung der Auswirkungen auf den Ergebnisplan, den Finanzplan und die Bilanz (lfd. Haushaltsjahr und Folgejahre, inkl. Folgekosten bei Investitionen)

Die erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 400.000,- € sind im Rahmen einer überplanmäßigen Bewilligung gemäß § 83 GO NRW durch den Rat bereitzustellen.

Die benötigten Mittel werden gedeckt aus der Maßnahme „Neubau einer 3-zügigen Grundschule „Albrecht-Dürer-Allee" I 210302-08 (400.000 €). Die Vorplanungen für diese Maßnahme wurden im Haushaltsjahr 2023/2024 begonnen; die Mittel in voller Höhe werden aber erst ab dem Haushaltsjahr 2025 erforderlich.

5. Darstellung der klimaschutzrelevanten Auswirkungen (ab 1. Quartal 2021)

Entfällt

6. Bürgerbeteiligung

Entfällt

7. Überprüfung der Zielerreichung (Messinstrumente und –zeitpunkt)

Die Verwaltung wird dem Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Rechnungsprüfung über den Fortschritt der Maßnahme berichten.